L1 Klimaverpflichtungen ernst nehmen - Kohleausstieg einleiten

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 26.10.2016
Tagesordnungspunkt: 3 Leitanträge

1 Sozialverträglichen Kohleausstieg auf Bundesebene einleiten

Ohne einen Kohleausstieg können keine Klimaziele erreicht werden. Das gilt im besonderen Maße für die Braunkohle als klimaschädlichsten Energieträger überhaupt. Während die Braunkohle 2014 nicht einmal ein Viertel der deutschen Stromproduktion erbrachte, war sie für über die Hälfte der CO₂-Emissionen aus dieser Stromproduktion verantwortlich. Insgesamt befinden sich sieben deutsche Kraftwerke unter den europaweit zwölf größten CO₂-Schleudern, darunter die Lausitzer Kraftwerke Boxberg, Jämschwalde und Schwarze Pumpe. Auch mit "modernster" Technik stößt jedes Kohlekraftwerk enorme Mengen an klimaschädlichem Kohlendioxid aus. Ohne einen schrittweisen Kohleausstieg in den nächsten 20 Jahren wird daher keines der deutschen und auch keines der europäischen Klimaziele erreichbar sein. Als Brandenburger Landesverband setzen wir uns daher mit aller Kraft dafür ein, dass der Kohleausstieg im Wahlkampf einer unserer Kernpunkte wird. Darüber hinaus ist aus unserer Brandenburger Sicht ein Kohleausstiegsfahrplan ähnlich dem Fahrplan zum Atomausstieg Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung nach der kommenden Bundestagswahl. Konkret fordern wir:

1) Neue Tagebaue im Bundesberggesetz verbieten

Als Erstes sollen im Bundesberggesetz die Erschließung neuer Tagebaue sowie neue Enteignungen und Umsiedlungen ausgeschlossen werden. Zudem wird die schrittweise Beendigung der Braunkohleförderung geregelt.

2) CO₂-Budgets für fossile Kraftwerke einführen

Besonders dreckige Kohlekraftwerke sollen sofort vom Netz genommen und für alle anderen degressive CO₂-Budgets vorgegeben werden, damit auch diese Schritt für Schritt stillgelegt werden. Damit bleibt den Unternehmen eine gewisse Flexibilität, um einen strukturierten Ausstiegspfad gehen zu können.

3) Umwelt- und Gesundheitsschutz durchsetzen

Die Privilegierung der Kohleverstromung im Immissionsschutzrecht soll aufgehoben werden. Dazu wird das Immissionsschutzrecht novelliert, die Einhaltung von strengen Emissionsgrenzwerten für krebserzeugende Stoffe sichergestellt und die schrittweise Einführung der US-Grenzwerte für Quecksilber eingefügt.

4) Finanzierung der Folgekosten sichern

Um die Finanzierung aller Rekultivierungs- und Nachfolgekosten nach Beendigung des Braunkohletagebaus abzusichern, wollen wir die in den Braunkohleunternehmen die zu diesem Zweck bestimmten Rückstellungen in einer öffentlich-rechtlichen Stiftung sicherstellen. Die Finanzmittel der Stiftung werden durch eine Abgabe auf die bis zur endgültigen Stilllegung der Tagebaue noch abgebaute Braunkohle ergänzt. Finanzvolumen der Stiftung sowie Abgabenhöhe werden auf Basis eines unabhängigen Gutachtens über die Kostenschätzung aller Rekultivierungs- und Nachfolgekosten festgelegt.

41 5) Sozialkosten finanzieren

42 Zwar liegt der größte Teil des Abschieds von der Kohle bereits hinter uns.
43 Trotzdem sind noch immer tausende Arbeitnehmer*innen in der Kohleindustrie
44 beschäftigt. Wir wollen den direkt Betroffenen einen sozialverträglichen Umstieg
45 ermöglichen. Hier gilt es in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sanfte
46 Übergänge zu ermöglichen. Ver.di hat dazu bereits einen ersten Vorschlag
47 vorgelegt.

48 6) Begleitgremium einrichten

49 Als Begleitgremium des Ausstiegsprozesses wird eine pluralistisch
50 zusammengesetzte „Kommission Kohleausstieg“ eingesetzt. Der Diskurs soll dazu
51 dienen, jahrelange Grundsatzkonflikte zu vermeiden und stattdessen zu einer
52 klaren und planungssicheren Zukunftsperspektive für alle Beteiligten zu kommen.
53 Als Vorbild können die ebenfalls im breiten Konsens erzielten Ausstiege aus der
54 Atomkraft und der Steinkohle sowie die Suche nach einem Endlager für Atommüll
55 dienen.

56 7) Regionalen Ausstieg europäisch unterstützen

57 Parallel zum nationalen Kohleausstieg gilt es, den europäischen Emissionshandel
58 wieder wirksam zu machen. Dazu sind die bereits heute überschüssigen 2 Mrd. CO2-
59 Zertifikate sowie die durch den Kohleausstieg zusätzlich freiwerdenden CO2-
60 Zertifikate vom Markt zu nehmen, um einen weiteren Preisverfall zu verhindern.
61 Bis zur Umsetzung der Neuausrichtung des EU-Emissionshandels wollen wir, dem
62 Beispiel Frankreich folgend, einen Mindestpreis von zunächst 20 Euro je Tonne
63 CO2 einführen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen zusätzlich zu den
64 existierenden Regional- und Kohäsionsfonds genutzt werden, um den Strukturwandel
65 in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen abzufedern, Human- und
66 Infrastrukturressourcen in den Regionen zu binden und Alternativen zu fördern.
67 Hierbei sind Regionen zu bevorzugen, deren Wirtschaftskraft unter dem EU-
68 Durchschnitt liegt.

69 Den Strukturwandel auf Landesebene gestalten

70 Selbstverständlich wird der Ausstieg aus der Kohle nicht ohne Spuren an den
71 betroffenen Regionen, insbesondere auch an der Lausitz, vorbei gehen. Je früher
72 gerade von politischer Seite dieser Wandel, der ja bereits seit längerem läuft,
73 gestaltet wird, desto strukturierter kann er gestaltet werden. Verschließt
74 jedoch die Brandenburger Landesregierung weiter die Augen vor der Realität,
75 droht ein hartes Ende der Kohleregion. So hat beispielsweise EPH nicht ohne
76 Grund seine Zusagen zur Beibehaltung von Tarifverträgen und Gewinnen auf
77 lediglich fünf Jahre begrenzt. Von der Landesregierung fordern wir:

78 1) Sicherstellung der Rücklagen

79 Solange die für die Finanzierung aller Rekultivierungs- und Nachfolgelasten
80 gebildeten Rücklagen auf Bundesebene noch nicht gesichert wurden, muss die
81 Brandenburger Landesregierung die Rückstellungen von EPH beim Landesbergamt
82 sicherstellen.

83 2) Lausitzfonds

84 Zugleich braucht es aus Bündnisgrüner Sicht in den betroffenen Regionen einen
85 Fonds für eine präventive Strukturpolitik sowie zur Vermeidung von sozialen
86 Härtefällen.

87 3) Koordinierende Plattform

88 Es gibt bereits vielfältige Initiativen in der Lausitz, die den Strukturwandel
89 vorantreiben wollen: die Lausitzer Perspektiven, die Innovationsregion Lausitz
90 GmbH, Strukturwandel Jetzt, uvm. Alle beklagen, dass es keine koordinierende
91 Plattform für ihre Anliegen gibt. So sind beispielsweise die für den
92 Strukturwandel beim Bund bereits eingestellten Mittel nicht abgeflossen, weil es
93 von Seiten Brandenburgs an Koordinierung fehlte.

94 4) Ein übergeordnetes Konzept

95 Grundlage muss ein Konzept für die Lausitz sein. Dabei halten wir es für
96 unabdingbar, dass sich die sächsische und die brandenburgische Landesregierung
97 zusammensetzen und ein Konzept für die gesamte Lausitz entwerfen. Da sowohl der
98 Ausstieg als auch der Strukturwandel eine grenzüberschreitende Aufgabe
99 darstellen, gilt es den polnischen Teil der Lausitz über die dortigen
100 Wojewodschaften bei der politischen Planung und Gestaltung einzubinden, um den
101 Ausstieg aus der Braunkohle sowie die begleitende Gestaltung des Strukturwandels
102 abzusprechen und gemeinsam zu koordinieren.

103

104 Am Beginn muss eine Analyse stehen für welche anderen zukunftsfähigen
105 Wirtschaftszweige die Infrastruktur und das Know-how der Braunkohleindustrie
106 noch eingesetzt werden kann, was in der Lausitz neben der Braunkohle bereits
107 besteht und gestärkt werden kann und was bisher von der Braunkohle behindert
108 wurde und jetzt durchstarten kann. Die mit den vielen qualifizierten und
109 erfahrenen Fachkräfte in der Region bestehenden Kompetenzen müssen entschlossen
110 als Standortvorteil für die Ansiedlung von Anlagen- und Ausrüstungsherstellern
111 aus dem Bereich der Energiewende genutzt werden, um einen Großteil der gut
112 bezahlten Industriearbeitsplätze in der Region zu halten. Dafür muss die bereits
113 bestehende Vielfalt von mittelständischen und kleinen Unternehmen gepflegt und
114 erweitert werden. Der Tourismus kann ebenfalls auf den Strukturwandel
115 zugeschnitten werden. Zudem muss der Bildungs-, Forschungs- und
116 Wissenschaftsstandort auf diese Prozesse profiliert werden. Schließlich müssen
117 die infrastrukturellen Mängel im Bereich Internet und Mobilität, wie die
118 Eingleichung zwischen Lübbenau und Cottbus, beseitigt werden.

Begründung

Die Klimakrise ist die größte Gefahr der Menschheit. Angetrieben durch diese Handlungsaufforderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen verabschiedete die Weltgemeinschaft vor einem Jahr in Paris ein neues Klimaabkommen, in dem sich alle Staaten dazu verpflichten, alles dafür zu tun, dass die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn nicht gar 1,5 Grad bleibt. Seit dem 04. November ist der Pariser Klimavertrag auch offiziell in Kraft. Von dem darin verankerten Umsetzungsziel, dass ab Mitte der zweiten Jahrhunderthälfte weltweit – und ab 2050 in den Industrieländern - nicht mehr Treibhausgase emittiert werden, als wieder absorbiert werden, ist man jedoch noch meilenweit entfernt.

Denn der von Hendricks in Paris noch hoch angepriesene Klimaschutzplan 2050, ist nach den massiven Streichungen nicht mehr als heiße Luft. So wurden jegliche konkreten Zielvorgaben für die einzelnen Sektoren vom Wirtschaftsministerium und Kanzleramt herausgestrichen. Besonders intensiv war der Rotstift bei den ursprünglichen Vorschlägen zum Kohleausstieg. Mit der Deckelung der erneuerbaren Energien im Sommer dieses Jahres hatte die schwarz-rote Bundesregierung zudem bereits die deutsche Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien aufgegeben.

Wenn Deutschland seinen Beitrag zur Rettung der Welt beitragen will, dann muss das Thema Klimaschutz eines der Top Prioritäten der nächsten Regierung werden. Ansonsten wird Deutschland bereits sein Klimaziel für das Jahr 2020 – die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren – krachend verfehlen. Die bereits erreichte Senkung um 27 Prozent wurden zu großen Teilen durch den Zusammenbruch der DDR-Industrie erreicht. Darauf darf sich nicht ausgeruht werden. Um aber das 40-Prozent-Ziel in vier Jahren zu erreichen, müssen wir bis dahin nochmal mindestens 150 Millionen Tonnen Treibhausgase pro Jahr einsparen. 2020 dürfen wir dann höchstens noch 750 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ausstoßen. Da selbst die Bundesumweltministerin verdeutlichte, dass die derzeit regierenden Fraktionen der CDU/CSU und SPD das nicht leisten können oder wollen, stehen wir Bündnisgrünen hier ganz besonders in der Pflicht. Es braucht uns Bündnisgrünen um das Thema wieder auf das politische nationale Tableau zu heben.

An dem Vattenfall-Verkauf und ebenso an den Umstrukturierungen bei RWE wird deutlich, dass selbst die konventionelle Energiewirtschaft fest davon ausgeht, dass die Stromversorgung in Deutschland zunehmend auf erneuerbaren Energien basieren wird. Unterstützt werden müssen die erneuerbaren Energie durch kleinere, effiziente und flexibel einsetzbare Gas- und Biogas-Kraftwerke sowie zunehmend auch durch Speicher. Verbunden werden müssen die vielen, dezentral eingesetzten Anlagen über ein leistungsfähiges Stromnetz, das den Strom schnell und effizient vom Erzeugungszum Verbrauchsort transportiert. Strombedarf und -erzeugung werden über eine intelligente Steuerung jederzeit und an jedem Ort zielsicher aufeinander abgestimmt. In diesem umweltfreundlichen und flexiblen System gibt es schlicht keinen Platz für Kohlekraftwerke. Sie sind nicht nur zu dreckig, sondern auch zu unflexibel, um auf den schnell wechselnden Strombedarf reagieren zu können.